

Gesetzgebung

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Der neue schweizerische Republikaner**

Band (Jahr): **1 (1800)**

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Neues republikanisches Blatt.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Band I.

N. XCVIII.

Bern, 10. März 1800. (19. Ventose VIII.)

Gesetzgebung.

Senat, 10. Februar.

(Fortsetzung.)

(Beschluss von Wegmanns Bemerkungen über den Constitutionsentwurf.)

Ja, Bürger Senatoren! laßt vereint uns eifrig bemühen, daß wir Mittel und Wege ausfindig machen, wie dieser für das Wohl und Weh unseres Landes so wichtige Stand von der Nation besorgt werden könne.

Über woher? wo ist die Quelle woraus dieser Stand Unterhalt genießen soll? Vom Staat?

Wer könnte sich enthalten, bei dieser Frage an die zu frühe und übereilte Abschaffung des Zehndens zu denken. Noch diese Stande begreife ich nicht, wie damals die Rücksicht auf den geistlichen Stand nicht einigen Aufschub bewirkte, da doch dem Landmann sein braver Pfarrer meistens ein lieber Mann war.

Die Hauptfrage ist also woher? und die zweite wie?

Woher? Kann die Nation die Domainen und Klostersgüter, die ehemals den Geistlichen zugehörten, die die Nation noch besitzt, dazu bestimmen?

2. Oder kann der Ertrag des Zehntenauskaufs dazu dienen, und ist es hinreichend.

3. Oder ist eine allg. meine Auflage zur Besoldung dieses Standes zu machen nothwendig?

Diese und mehrere Fragen können der Wichtigkeit der Sache halber nicht in schneller Eile abgeschlossen werden. Natürlich muß zuerst eine Rechnung vorgelegt werden, wie viel Geistliche die Republik zu zählen hätte.

Die Frage wie?

1. In Proportion mit den Geschäften, dem Umfang der Gemeinaden.

2. Nach dem mehr oder minder kostbaren Wohnort, Stadt oder Dorf.

3. In Betracht, daß sie darneben nichts erwerben

können; eben sowohl, als in Betracht, daß sie das Amt lebenslanglich besitzen.

Die Hauptfrage ist: soll in der Constitution bestimmt werden: „Die Nation sorgt für den Unterhalt.“

Ich für mich kann zu keiner Bestimmung Hand bieten, wenn man der Möglichkeit der Erfüllung nicht zuverlässig sicher ist. Mich dünkt, weise Gesetze, und nicht die Constitution solle dieß bestimmen; wir wollen nicht etwas beschwören, was wir nicht erfüllen können. Schon genug gerechten Unwillen erregte das Versprechen bisheriger Besoldung für diesen Stand, welches der Umständen halber nicht erfüllt worden. Trachten wir, daß dieses Versprechen erfüllt werde, ehe wir die Nation zu anderen verpflichten; dafür seid ihr pflichtig zu sorgen, so schnell als möglich; aber nicht so schnell mit neuen Versprechen, wann sie nicht auf solide Fundamente gegründet sind.

Standesmäßig, was heißt das?

Ich finde dieses Standesvorrecht soll hauptsächlich seyn, Unabhängigkeit in Rücksicht der Besoldung.

Der Geistliche soll nicht übertrieben reichlich besoldet werden, aber auch nicht armfelig; vor allem aus: abhängig von seiner Gemeinde soll er nicht seyn um seiner Besoldung willen; dann er soll in seiner Gemeinde nicht dienen, sondern nützen! und kann er das, so lange er abhängig ist. Wer die Art und Weise kennt, wie viele Gemeinden auf willkürliche, indelicate Art selbst zahlen, der wünscht, daß es auf eine Art und Weise geschehen möchte, deren sich ein freier gefühlvoller Mann nicht schämen müßte.

Ich stimme, zufolge den angehörten und gesagten Bemerkungen die Sache zu reiferer Ueberlegung einer Commission zu übertragen, deren man aber so viel Zeit gestattet, daß ihr Rapport ausführlich und auf nöthige Calculation begründet werden könne.

Im Fall des Abstimmens müßte ich über den 3ten und 4ten Punkt dahin stimmen, daß Gesetze für die Niederlassungs-Gebühren sorgen werden.

In Betreff des 2ten Urtheils beharre ich, daß

die Constitution nichts weiter sage, als für den standesmäßigen Unterhalt der nöthigen Geistlichen werden Gesetze sorgen.

Augustini möchte nicht so viel metaphysische Grundsätze aufstellen, will aber nun vorzüglich über den 8. und 9. Art. sprechen. Das Glück des Volks liegt in seiner Zufriedenheit; wir müssen es also vor allem in dem beruhigen, was ihm zunächst am Herzen liegt.

Wenn ich die verschiedenen Helvetier in ihren verschiedenen politischen und religiösen Meinungen betrachte, so finde ich, daß es sehr schwer, man dürfte wohl sagen, unmöglich ist, alle zufrieden zu stellen; man muß sich darum begnügen, die Mehrheit, die den Souverain ausmacht, zu befriedigen. Die meisten, etwa einige Philosophen ausgenommen, hängen von ganzer Seele an der Religion ihrer Väter; nur durch die feierliche unzweideutige Anerkennung der Religion der Vater werden sie befriedigt; alle öffentlichen Gottesdienste unter den Schutz der Gesetze nehmen, ist so viel als wenn ein Arzt das einzige Rettungsmittel vergiften wollte; uneingeschränkte Religions-, Press- und Schreibfreiheit kann das helvetische Volk nicht dulden; Ehebruch, Blutschande, öffentliche Unzucht, die alle zur Religion in verschiedenen Ländern gehörten, können sonst constitutionsmäßig eingeführt werden; er fürchtet das zwar nicht, aber er führt es nur an, um zu zeigen, wie unvernünftig Religionsfreiheit wäre. Die Gesetze könnten ohne Ungerechtigkeit solchem Unwesen alsdann nicht mehr steuern. Das helvetische Hirtenvolk wird nicht in ein Philosophenvolk umgewandelt werden; es ist in Religions- und Freiheitsfachen entschlossen, und alles für sie aufzuopfern bereit. Er schlägt folgende Abfassung vor: Die helvetische Republik versichert die unangetastete und unge störte Ausübung der katholischen und protestantischen Religion, und ihrer Gottesdienste; sie stehen unter dem Schutze der Republik, die keine andern öffentlichen Gottesdienste anerkennt.

Das Gesetz wird bestimmen, wie weit die Rede Schreib- und Pressfreiheit ausgedehnt werden dürfen; über die Aufnahme in die Gemeinden stimmt er Wegmann bei.

Im Art. II. ist der Ausdruck Dienstbarkeit zu allgemein, und giebt zu Mißverständnissen Anlaß.

Wegen der Befoldung der Geistlichen möchte es am besten seyn, jedem Kanton dieses zu überlassen.

Cart ist neuerdings überzeugt, daß eine sehr große Zahl Artikel aus dem Entwurf der Majorität genommen werden müssen. Er durchgeht die Artikel und will die Art. 1, 2, 4, 5, 6, 10 und 12 nach der Abfassung der Majorität annehmen.

Dem 11. Art. will er beifügen: die Zehnden und alle übrige Feodalabgaben bleiben auf immer abgeschafft.

Genhard ist im Sinne mit der Minorität ganz einig, nur über die Redaktion hat er einige Vorschläge zu machen.

Muret verlangt auch Zurückweisung des ganzen Titels an die zu ernennende Commission, und stimmt Cart's Bemerkung bei.

Die Abschaffung aller Titel, die von Adel her rühren, sollen, so wie Zehnden und Bodenzinse, als auf immer abgeschafft, erklärt werden.

Im Art. 8. ist es nothwendig allgemeiner zu erklären, als es geschehen, daß alle öffentliche Gottesdienste erlaubt sind, so weit sie die öffentliche Ruhe nicht stören; die Religionslehrer des katholischen und reformirten Cultus, sollen ihren Unterhalt durch die Nation zugesichert erhalten. — Er tadelt den Ausdruck: dies sey der dringendste Auftrag der Gesetzgeber.

Augustini sagt, er habe keinen öffentlichen Gottesdienst ausschließen wollen, der bei Anfang der Revolution in Helvetien gefunden ward.

Kubli will nur über den 8. Art. reden — denn wenn jeder eine eigne Redaktion vorschlägt, und wenn man auch eine neue Commission von Enkeln ernennen würde, so kommt man nie zum Ziel. Den 2. Theil des 8. Art. mißbilligt er; er hat keinen Theil daran, protestirt feierlich dagegen, und weiß nicht, aus welchen gottseligen Trieben bewogen, Crauer diesen Zusatz machte. Er hält für sehr vernünftig, was Augustini für unvernünftig ansieht; Intoleranz ist doch das Schrecklichste, was sich denken läßt; vor 2000 Jahren hat man nicht stupider geredet, wie heute. Wir wollen doch nicht vor der ganzen Welt zum Gespött werden.

Schärerer gefällt der 8. Art. nicht, in sofern er der Nation den Unterhalt der Geistlichen aufladet, woher sollte sie das leisten; die Zehndenaufhebung hat es unmöglich gemacht.

Der 13. Art. gefällt ihm nicht; er will nur eine reelle allgemeine Vermögenssteuer.

Mittelholzer stimmt Cart's und Murets Bemerkungen bei; er schlägt 2 neue Artikel vor:

1. Die deutsche Sprache soll als Hauptnational-Sprache aus ökonomischen und Gemeingeist's Gründen erklärt werden.

2. Jedes Eigenthum einer Gemeinde bleibt ungestört, und seine Verwaltung den Theilhabern überlassen.

Ciudice will dem Art. 8. beifügen: das Civil-Gesetz kann die Religion nicht seinen Vorschriften unterwerfen; sie ist das Heiligste des Volks.

Pettolaz. Endlich sind wir dann dahin gelangt, uns thätig mit dem gesellschaftlichen Verträge zu beschäftigen, der die verschiedenen Völkerschaften Helvetiens in ein einziges Volk vereinen soll. Endlich soll die von uns und durch uns verfaßte Constitution

unsern Committenten, die sich von allen Seiten her begierig darnach sehnen, zur Annahme vorgelegt werden. Sie wird den Beweis liefern, ob wir unsers Auftrags würdig sind, der Beifall der Nation wird die ehrenvollste aller Belohnungen für uns seyn.

Erhabene Schatten, ihr unserm Andenken theure Namen jener ehrwürdigen Männer, von denen man so viel spricht, und die man so wenig nachahmt; großmüthige Urbäter, die ihr zuerst eueres Vaterlands Freiheit beschworen habt; unsterbliche Helden, deren Arm unsere Unabhängigkeit gesichert hat; verehrter Einsidler von Sarelen, du, dessen Name das Sinnbild aller republikanischen, christlichen und gesellschaftlichen Tugenden darbietet, empfanget heute die Ausdrücke der dankbaren Empfindungen eurer Enkel, die versammelt sind, um in einem festen Band von Brüdern und Freunden diejenigen zu vereinigen, für die ihr gelebt und gestritten habt, und für deren Glück ihr den Tod und das Grab nicht achtet! Kommt, blickt herab auf die Stellvertreter dieses geliebten Volkes, welchem ihr die Freiheit erobertet, sehet diese Stellvertreter vereint, nicht um neue Ketten dem Menschengeschlechte zu schmieden, sondern um euer eigenes Werk zu befestigen, um Bürger, die theils herrschende theils unterthan waren, zur Gleichheit zu führen, und jene brüderliche Eintracht zu stiften, ohne welche die Schweiz bald nur ein großes Leichenfeld wäre, durch Ränke und Leidenschaften, die euer erhabenes Vorbild verläugneten, bevölkert!

BB. Senatoren! Zwei große Antriebe erhoben den Muth unserer Väter zu jener heroischen Gleichmüthigkeit, die sie keinerlei Furcht kennen und alle Gefahren verachten ließ, die auf Demokratie gegründete Liebe des Vaterlands, und jene der Religion und der Tugend. Diese zwei Antriebe sollen auch uns befeelen und leiten in dem wichtigen Geschäfte, das gegenwärtig die Augen von ganz Helvetien auf uns gerichtet erhält. Die Religion hatte bei allen Unternehmungen der alten Schweizer den Vorfuß; wo ich auch die Freiheit mit dem Despotism kämpfend sah, da sah ich auch die Religion den Muth unserer Krieger lenken. Durch ihr Vertrauen in den, welcher ist, siegten sie auf den Schlachtfeldern, die zu Denkmälern ihrer Tapferkeit geworden sind; durch ihre vollkommene Ergebung in die Grundsätze der geheiligten Religion, machten sie jene öffentliche Tugend möglich, deren schönes und seltenes Beispiel sie bei Morgarten gaben.

Das helvetische Volk verlangt vollständige Beruhigung über einen Gegenstand, der uns wie ihm von der äußersten Wichtigkeit ist. Durch die Unbestimmtheit und Zweideutigkeit des 6. Artikels unserer gegenwärtigen Constitution, und mehr noch durch die Ränke und Bosheit der Feinde der Republik beunruhigt, verlangt es laut eine offene und deutliche

Erklärung, die allen Besorgnissen über einen Gegenstand, den es mit Recht als den allerköstlichsten ansieht, ein Ende mache. Man muß diejenigen, die aus Religionsbesorgnissen die alte Ordnung zurückwünschen sollten, überzeugen, daß das Reich der Freiheit und Gleichheit ihren Glauben, und die kirchliche Hierarchie und Gewalt in geistlichen Dingen schützt. Diese Zusicherung muß von der Art seyn, daß sie jeden aufrichtigen und redlichen Menschen, jedes noch so furchtsame Gewissen bei der ersten Lesung beruhige; sie muß kurz, bestimmt und laconisch die Verhältnisse des kirchlichen Gebäudes in dem politischen darstellen, ohne hernach sich um die metaphysischen oder kleinlichten Einwürfe zu bekümmern, welche von Heuchlern, falschen Devoten oder eifrigen Pharisäern, deren es mehrere giebt als man glaubt, und die gefährlicher sind als man denkt, gegen eine wohl überlegte, mit reinem und aufrichtigem Sinn gemachte Abfassung vorgetragen werden mögen.

Ich gehe nun über zu den Hauptgrundsätzen des gesellschaftlichen Vertrags. Die Entwürfe eurer Commission enthalten alles, was in dieselben soll und darf aufgenommen werden. Die Maximen, die in diesem Abschnitt aufgestellt werden, sollen die Quelle seyn, aus der unsere ganze Gesetzgebung und unser Staatsrecht sich herleiten; man kann darum nicht zu sorgfältig bei ihrer Abfassung seyn, um es auch den verkehrtesten Geistern unmöglich zu machen, gefährliche Folgerungen daraus zu ziehen.

Die repräsentative Demokratie wird die Grundlage der neuen helvetischen Staatsurkunde seyn; nicht ohne Ursache bemühte ich mich in meiner Rede über das System der wählbaren Bürger in ihrem Verhältnis zu einem Nationalwahlcorps zu beweisen, daß der Nationalgeist unsers Vaterlandes von jeher zur Demokratie sich geneigt habe. Allenthalben finde ich Bürger, die sagen, sie wollen die Republik, und die doch Wege einschlagen, die gerade zum Gegentheil führen; allenthalben verlangt man die Befestigung und Anerkennung unsrer Unabhängigkeit, und sogar der einen und untheilbaren Republik; indes höre ich auch öffentlich den Föderalism anpreisen, als der uns allein die Neutralität wieder geben könne; ich sehe, daß man diejenigen lächerlich zu machen sucht, die dem redlichen Landmanne eine Gerechtigkeit zuwenden, welche Stolz und Egoism ihm rauben möchten. Selbst Männer des Tages, große Männer der Mäßigung und der Gerechtigkeit scheuen sich nicht zu behaupten, die aristokratische, oligarchische, föderative Verfassung sey allein der Schweiz angemessen. Daher zählt sich ohne Zweifel die große Zahl der Herren, und die Verachtung, die man auf die einfachen aber populären und die Sache selbst und ihre Wesenheit bezeichnenden Namen von Patrioten, Bürger und Republikaner zu werfen sucht. So verschiedenartige

Elemente machen es nothwendig, daß die constitutiven Elemente einer Nation aufgestellt und festgesetzt werden, die nicht länger in einigen Individuen und Familien das Vaterland und die Souveränität erkennen kann, die beide ihr allein zukommen.

Der nachdrucksvoll ausgesprochne Wille des Volks für die Demokratie, dieser Nationalwille wird die Grundlage unsrer Verfassung seyn, die gleich weit von willkürlicher Gewalt der Menge und von willkürlicher Gewalt Weniger entfernt seyn soll; das Verdienst und die Tugend allein sollen künftig zu Staatsämtern führen. Die helvetische Nation, für die Handhabung ihrer Gesetze, ihrer Verfassung und ihrer Unabhängigkeit bewaffnet, wird auch in ihrem Demokratism die politischen und religiösen Meinungen andrer Völker, so abweichend sie auch von den ihrigen seyn mögen, zu achten wissen.

Möge diese Verfassung alle Partheien vereinigen, mögen alle Stimmen für sie zusammentreffen, möge sie allen Faktionen, allem Haß, allen Leidenschaften ein Ende machen, und mit einem Wort, alle bürgerlichen und gesellschaftlichen Tugenden unter uns neu schaffen. Diesen Wunsch meines Herzens theilet ihr gewiß alle mit mir, W. B. Senatoren, und ich werde nie müde werden, für dessen Verwirklichung zu arbeiten. — Ich schlage vor, an die Spitze der Hauptgrundsätze nachfolgenden Artikel zu stellen:

„Die christliche Religion nach dem catholischen und protestantischen Glaubensbekenntniß und ihre Gottesdienste bleiben frei und unangetastet. Sie stehen als das Heiligste des Volkes unter dem besondern Schutze der Gesetze. Den anständigen Unterhalt der mit dem Unterricht und der Sittenaufsicht der Bürger beauftragten Geistlichen sichert die Nation ihnen zu.“

Lüthy v. S. Wenn nicht mehrere Präopinanten den Artikel über die Religion wie das Majoritätsgutachten ihn aufstellte, angegriffen hätten, würde ich nicht das Wort genommen haben. Ich habe immer mich zur katholischen Religion bekant; aber das soll mich nicht abhalten, die Freiheit des religiösen Glaubens und der Gottesdienste zu verteidigen; wir sollen nicht bloß für die Religion unsrer Väter, wir sollen für alle Religionen Achtung und Ehrfurcht haben. Wie reimt sich aber das damit, daß der Staat besondere Rücksichten auf die katholische und protestantische Religionsparthei nehmen soll? Diese Religionen haben Eigenthum gehabt; sie haben dieses in die Hände des Staats gelegt, und ihm zur Verwaltung übergeben; als heilige Schuld wollt ich dieses Eigenthum anerkannt wissen — wenn also das Zehnden; und Bodenzins; Dekret so soll beibehalten werden, wie es besteht, dann muß die Nation die

Kavitalien wieder herstellen, die dieser Beschluß der Kirche entzogen hat.

Diethelm. Ueber den religiösen Art. muß er auch seine Gedanken sagen, und er schlägt folgende Redaktion vor:

Die Religion der Christen, nach dem catholischen sowohl als protestantischen Glaubensbekenntnisse, und derselben Gottesdienste, so wie wir sie von unsren Vätern ererbt haben, bleiben frei und ungestört, und ihnen wird der Schutz der Gesetze vorzüglich zugesichert. Der standsmäßige Unterhalt der Religionsdiener und Pfarrer, als der Lehrer und nächsten Aufseher der Sittlichkeit ihrer Pfarregenossen wird als eine richtige Schuld der Nation anerkannt, und die schleunige Entrichtung derselben ist der dringendste Auftrag der Gesetzgeber.

Barras. Ich sehe, daß die Minorität keine neue, sondern nur eine verbesserte Ochsische Constitution vorlegen wollte — nun sage ich, daß, worauf eine Constitution gebaut ist, muß schon da seyn. Die Einheit war aber vor der Ochsischen Verfassung nirgends vorhanden; also auf Nichts ist der neue Entwurf gegründet. Er zeigt die Nothwendigkeit einer neuen Redaktion des ganzen Abschnittes, und findet ihn unbestimmt, und die Grundlagen und den Zweck der Republik ganz ausser Acht gelassen.

Mittelholzer verlangt Vertagung der weitem Discussion bis Morgen, und Ernennung der Commission an die alle gefallenen Anträge zu weisen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Durchs geheime Stimmenmehr werden in die Commission ernannt: Mittelholzer, Genhard, Cart, Augustini und Barras.

Der Präsident legt eine an den Senat eingelaugte Denkschrift vor, durch die die Genfer ihre Unabhängigkeit von Buonaparte zurückverlangen.

A n z e i g e.

Da die Centralverwaltung der helvetischen Posten, die Stelle eines Chfs des Controlle Bureau des Postamts Basel, mit Genehmigung des Bürger Finanzministers wieder zu besetzen hat; so ladet sie ihre Mitbürger, welche Lust zu derselben haben, und die nöthigen Kenntnisse besitzen, hiemit ein, sich bis auf den 20ten des laufenden Monats Merz, bei ihrem Bureau (weiß Quartier No. 115 in Bern) dazu einschreiben zu lassen.

Neues republikanisches Blatt.

Herausgegeben von Escher und Usteri.

Band I.

N. XCIX.

Bern, .11 Merz 1800. (20. Ventose VIII.)

Gesetzgebung.

Grosser Rath, 6. Merz.

Präsident: Anderwertb.

Die Vollziehung übersendet folgende Botschaft.

Bürger Gesetzgeber!

Benj Stromeyer von Bourgillon, Canton Freiburg, war wegen Diebstahl von der ehemaligen Regierung auf zehn Jahre ins Zuchthaus verurtheilt worden, und zwar unter der Bedingung, daß er während der fünf ersten Jahren weder Begnadigung erhalten, noch darum ansuchen sollte. Nunmehr hat er fünf und ein halb Jahr von seiner Strafe überstanden, und bittet um die Erlassung der noch übrigen Verhaftzeit, zu der er verurtheilt worden.

Die zu seinen Gunsten angeführte Gründe sind theils die Demuth und Ergebung, womit er sein Vergehen zu tilgen sucht, theils die physischen Uebel, die er als Folgen seiner Strafe zu tragen hat. Bei dem Einmarsche der Franken in Freiburg, war er auch mit mehreren andern Gefangenen auf freiem Fuß gestellt worden, indes kehrte er von selbst wieder zur Ausdauer seiner Strafe ins Gefängnis zurück, und immer betrug er sich auf eine Art, wodurch er sich eurer Gnade werth machte. Er hat ein Auge verlohren, und fürchtet, wegen seines Verhaftes an einem ungesunden Orte n ch ganz zu erblinden. Auch selbst der Ausdruck des über ihn ergangenen Urtheils nährt bei ihm die Hoffnung, daß nach Verlauf einer gewissen Zeit seine Strafe werde erleichtert werden. Dieser Termin ist verlossen, und nach dem Zeugnisse des Zuchtheisters verdient Stromeyer wegen seines Betragens Nachsicht.

Auf diese Gründe hin, Bürger Gesetzgeber! schlägt Ihnen der Vollziehungs-Ausschuss vor, dem Benj Stromeyer die Erlassung des Restes seiner Strafe zu bewilligen.

Gruß und Hochachtung.

Lüscher wünscht zu entsprechen, doch will er die Sache durch eine Commission erst untersuchen lassen.

Secretan folgt diesem Antrag, welcher angenommen wird. In die Commission werden geordnet Brope, Capani und Deldes.

Wesler legt ein Gutachten vor über die Pfarrenwahlen, welches auf den Canzleitisch gelegt wird.

Sarmintran im Namen der Minderheit der Commission, legt über den gleichen Gegenstand ein Gutachten vor, welches auf den Canzleitisch gelegt wird.

Senat, II. Februar.

Präsident: Badour.

Die Discussion über den ersten Abschnitt des Constitutionsentwurfs der Minorität wird fortgesetzt.

Roehli. Im Augenblick, wo fürchterliche fremde Armeen auf unserm Boden stehen, unsre Finanzen erschöpft sind und Zwietracht die Republik theilt, fassen wir den Entschluß eine neue Verfassung Helvetien zu geben. — Das Loos ist geworfen; ich will mich nicht widersetzen, ungeachtet es vielleicht klüger gewesen wäre, sich mit Verbesserung der Oeffentlichen Constitution zu beschäftigen; denn es ist nicht über die Constitution, über die das Volk klagt; es sind andere Uebel, deren Druck es fühlt. Die voreilige, vielleicht zu unüberlegte Abschaffung der Feodalrechte, der Allianztraktat, der uns die Neutralität geraubt und den Unterhalt fremder Heere aufgeladen hat, das sind die Wunden, die man hatte heilen sollen. Allgemeine Revision der Gesetze der Republik wäre dringender als eine neue Verfassung; aber jetzt wäre es unklug und unbescheiden euren Geschäftsgang zu unterbrechen, indem man bereits so weit vorgerückt ist. — Der erste Abschnitt des Entwurfs der Majorität hat meinen ganzen unbeschränkten Beifall. Nur über den 1. Art., der die Religion betrifft, will ich einige Worte sagen: welche Besorgnisse derselbe auch erregen mochte, so hat über den Unterhalt der Geistlichen Lütly den Gegenstand trefflich ins Licht gesetzt; dies sem füge ich hinzu: es ist nicht genug, für den Uns

erhalt der Religionslehrer zu sorgen, man muß auch für gehöriges Ansehen und Achtung derselben Sorge tragen. Die Herabwürdigung des geistlichen Standes hat vorzüglich viel geschadet. Das Volk bedarf Führer, Leiter und Tröster; wir müssen den Geistlichen alle Mittel an die Hand geben, um der Zügellosigkeit und Frechheit Einhalt zu thun. Ich schlage die Abfassung des Art. folgendermassen vor: „Den Glaubensgenossen anderer Religionen, in so fern sie den Sitten und der Ruhe des Staats nicht gefährlich sind, wird in Helvetien vollkommene Duldung gestattet.“ — Joseph führte Toleranz in seinen Staaten ein, von da an blühte Oesterreich auf. Wenn uns wieder Friede geschenkt wird, so werden Fremde aus allen Gegenden ihren Aufenthalt in Helvetien wählen; man mache dieß nicht durch Unduldbarkeit unmöglich.

Lüthard. Ich schlage vor:

1) Den ganzen Abschnitt zu einer neuen Abfassung an eine Commission zurückzuweisen.

2) Bei dieser Abfassung folgenden Plan zu befolgen:

- Erklärung der Gesamtheit des Volks, daß und zu welchem Zweck sie sich in einen Staat vereinige.
- Erklärung, daß in Folg dieser Vereinigung es nach der nachbeschriebenen Art seine Regenten wähle: zu Abfassung des Gesetzes, zu Bestimmung der zu Erreichung der Staatszwecke nothigen Anordnungen, und zu Exekution der einen und andern.
- Erklärung der Unterwürfigkeit unter das constitutionsmäßig abgefaßte Gesetz.
- Erklärung der besondern Bedingnisse, unter denen das Recht der Entwerfung und Vollziehung der Gesetze an den Regent übertragen wird.

I. Bedingnisse, die den Menschen einschränken

- In Absicht auf das Individuum als Mensch betrachtet zur Sicherheit
 - seiner Person, e. g. Art. 5. 6.
 - seines Eigenthums, e. g. Art. 7. 8. 11.
 - des freien Gebrauchs seiner geistigen Kräfte, e. g. Art. 1. 3.
- In Absicht auf das Individuum, unter einer bereits existierenden Beziehung betrachtet.
 - Als Mitglied der Gesellschaft der Kirche.
 - Als Mitglied einer unter dem Namen Gemeinde bestehenden Gesellschaft.
- In Absicht auf gewisse, auf mehrere Garantie der Freiheit abweckende Verhältnisse. Hieher e. g. Art. 9. 10. 12.

2. Bedingnisse, die dem Regenten gebieten. Dahin

a. Erziehungsanstalten. Art. 2.

b. Armenanstalten. Art. 4.

Tobler schlägt vor, den 8ten Artikel auf folgende Weise abzufassen:

Die bisher in der Republik eingeführte Religionen und Gottesdienste bleiben ungestört und stehen unter dem besondern Schutz der Gesetze. Indes bleibt die Gewissensfreiheit ungekränkt und der Staat magt sich nicht an, zu gewissen Bekenntnissen zu verpflichten, oder daran zu hindern. Für den Unterhalt der Geistlichen der katholischen und protestantischen Religion wird durch den Staat directe oder durch die Gemeinden auf eine durch die Gesetze zu bestimmende Weise gesorgt werden.

Der erste Theil des Artikels ist nothwendig, aber hinreichend. Den 2ten Theil wünscht er zur Ehre der helvetischen Nation, damit wir nicht vor der Welt am Ende des 18ten Jahrhunderts den Vorwurf der Unduldbarkeit auf uns laden. Im 3ten Theil kann nichts mehreres und bestimmteres in der Verfassungsacte gesagt werden, damit man nicht sich etwas auflade, was man zu erfüllen nicht im Stande sey.

Devevey findet auch den Vorschlag der Majorität vorzüglicher; dem Artikel über die Religion will er beifügen: die Güter und Fonds, die für den Unterhalt der Geistlichen bestimmt worden, sollen unveräußerlich bei dieser Bestimmung bleiben; ferner will er einen Artikel aufnehmen, der jedem Helvetier das Recht sichert sich wo er will in Helvetien niederzulassen, dieß jedoch nicht ohne Zeugniß guter Sitten und ohne Entschädigung für die Vortheile, die er in der Gemeinde genießt. Auch verlangt er einen Artikel, der sage: daß jeder Bürger sich dem Vaterland schuldig und zur Vertheidigung der äussern und innern Sicherheit, Ruhe und Beschüzung der Personen und des Eigenthums, jeder Auffoderung zu entsprechen bereit seyn soll.

Von flüe legt folgenden Redactionsvorschlag vor:

E r s t e r A b s c h n i t t .

Mit festem Vertrauen auf Gott und dessen gnädigen Beistand und Schutz, vereinigt sich das Schweizervolk in einen Freistaat, erklärt denselben unabhängig und giebt ihm nachstehende Hauptgrundsätze zur unabänderlichen Grundlage:

Hauptgrundsätze.

I. Die christliche Religion, die Religion unserer Väter, nach dem catholischen sowohl als protestantischen Glaubensbekenntniß, und die freie Ausübung ihrer Gottesdienste sollen als ein Heiligthum angesehen, ihre Rechte und Freiheiten von allen Staatsgewalten respectirt, und gegen jeden Eingriff geschützt werden. Auch soll der anständige Unterhalt der Pfars-

rer und Religionsdiener als eine heilige Schuld des Volks anerkannt und ihnen zugesichert bleiben.

2. Der schweizerische Freistaat ist ein und untheilbar. Seine alten oder vormaligen Grenzen im Innern haben mit allen Geburts- und Adelstiteln und Vorrechten aufgehört.

3. In dem gesamten Volke liegt ursprünglich die Souverainität des Staats, und von ihm allein geht jede Gewalt aus. Weil aber das gesamte Volk seine Souverainitätsrechte selbst nicht ausüben kann, so überträgt es selbe an Männer aus seiner Mitte, die wegen anerkannten besondern Eigenschaften und Fähigkeiten auch seines besondern und vorzüglichen Zutrauens würdig sind.

4. Die Souverainität des Staats theilt ihre Gewalt in drei Klassen:

- a. in die gesetzgebende,
- b. in die richterliche,
- c. und die vollziehende.

5. Alle diese Gewalten sind nothwendig, und jede hat die heiligste Pflicht, das Volk bei seinen natürlichen Menschenrechten zu schützen.

6. Unter den Menschenrechten wird verstanden:

- a. d. e. Freiheit, daß jeder Bürger zu einer Religion sich bekennen darf, die ihm seine eigene Ueberzeugung und sein Gewissen anrathen mag.
- b. die Freiheit zu jeder Gattung Handel und Erwerb, wie jeder andere Bürger.
- c. die Freiheit zu jedem geistlichen oder weltlichen Amt zu gelangen, wie jeder andere Bürger
- d. und endlich Sicherheit für seine Person, seine Ehre und Eigenthum.

7. Dagegen ist aber jeder Partikular schuldig, verhältnißmäßig nach seinem Vermögen zu den Bedürfnissen des Staats beizutragen, wenn dessen gewöhnliche Einkünfte nicht mehr hinreichen, die nothigen Ausgaben zu bestreiten.

8. Wer jedoch nicht ein Tausend Schweizerfranken eignen und reinen Vermögens hat, ist, als unter die Klasse der Armen gehörig, von allen Steuerabgaben an den Staat enthoben.

9. Auch ist und bleibt das Pfrund Einkommen der Religionsdiener, die verfassungsmäßige Besoldung der öffentlichen Beamten, jene der Schullehrer und die Fonds aller Kirchen, Schul- und Armenanstalten aller Steuerabgaben an den Staat enthoben.

10. Ein Nationalinstitut für den ganzen Freistaat, ein Collegium in jedem Distrikt oder Kanton (denn ich möchte nun den dem Volk fremden Namen Distrikt wegfällen und ihn durch das beliebtere Wort Kanton ersetzen lassen), und Erziehungsanstalten in allen Gemeinden sollen jedem Schweizer Mittel an die Hand geben, seine geistlichen und körperlichen Anlagen zu entwickeln und zu vervollkommen.

11. Die Pressfreiheit soll nützlich unterrichten, nicht verderben: darum ist sie nur insofern erlaubt,

als sie den guten Sitten und dem Staat nicht gefährlich wird.

12. Der schweizerische Freistaat erkennt die deutsche Sprache als die Nationalprache seines Volkes: darum werden die Protokolle aller obersten Gerichte des Staats auch nur in deutscher Sprache geführt: Publikationen, Gesetze und Regierungsbeschlüsse werden aber jeder Gegend der Schweiz in derjenigen Sprache zugeschickt, die unter ihrem Volk üblich ist.

13. Es soll auf keinem Boden eine ewige oder nicht loskaufliche Last haften, noch ein liegendes Gut unveräußerlich erklärt werden dürfen.

14. Kein Gesetz kann eine rückwirkende Kraft haben.

15. Niemand kann vom Staat zur Veräußerung irgend eines Eigenthums gezwungen werden, außer im Fall eines gesetzlich anerkannten Bedürfnisses, und nur gegen volle Entschädigung.

16. Alle öffentliche Beamtene, so durch gegenwärtige Staatsverfassung aufgestellt werden, haben Anspruch auf eine gesetzliche Besoldung, weil sowohl der Erwerb der Staatswissenschaften mit Aufwand und Kosten, als auch die Verwaltung der Staatsämter mit Hintansetzung der eigenen Geschäfte verbunden ist.

17. Kein Staatsamt darf lebenslänglich seyn, und geistliche und weltliche Aemter dürfen nicht zu gleicher Zeit von einem Bürger bekleidet werden.

18. Die Schweizer sind freie Bürger, und eben darum sind sie dem Gesetz unterthan; es mag beschützen oder strafen. Ihr Lieblingswort ist, Religion, Freiheit und Vaterland.

19. Niemand darf vor Gericht berufen, angeklagt, gefangen gesetzt, oder gerichtet werden, als in Kraft der Gesetze, in den durch sie bestimmten Fällen, und auf die durch sie vorgeschriebene Art.

20. Der schweizerische Freistaat ist mit allen benachbarten Staaten Freund; er sucht keine Eroberungen, darum mischt er sich auch in keine Kriege anderer Mächte; er sehe denn durch schon bestehende Verträge dahin verpflichtet.

21. Ungeachtet seiner friedlichen Gesinnungen stellt er sich aber gleichwohl in ein in seinen Kräften angemessenen Vertheidigungsstand gegen jene Feinde, von denen er angegriffen oder bedroht werden möchte.

22. Darum sind die Schweizer alle Soldaten fürs Vaterland, und keiner darf für sich einen Soldaten stellen; denn er würde dadurch den Namen eines wahren Schweizlers entehren, und das Heil des Vaterlandes gefährden.

23. Da aber auch nothwendig hierüber einige Ausnahmen statt haben muß, so bleibt es dem Gesetz vorbehalten, dieselbe zu bestimmen.

24. In Friedenszeiten hat der Staat keine stes

henden Truppen, außer eine Ehrenwache von 1800 Mann für die obersten Staatsgewalten. Bei eintretender Gefahr eines Feindes von Außen, oder entstehenden Unruhen von Innen, marschirt die Landmiliz, wo es nöthig seyn mag.

Meyer v. Frau glaubt, die Discussion beweise, daß man nicht sehr von einander entfernt sey; er legt einen Verbindungsvorschlag des Majoritäts- und Minoritätsgutachtens vor.

Schneider wünscht, daß doch mit wahrer Einnacht die gemachten Anträge benützt und vereinigt werden; über den Artikel, der keine ewige Lasten auf dem Boden haften läßt, stimmt er den gestrigen Bemerkungen Augustinis bei, denn es giebt Lasten, so auf dem Boden haften, die unmöglich können und dürfen losgekauft werden. — Er möchte daher anstatt Last, Seodallast setzen.

Badour. Der 6te Art. soll vor jeder willkürlichen Verhaftung und Gefangennehmung schützen; wer sichert uns aber, daß das Gesetz, welches er anruft, nicht willkürlich und ungerecht sey? Auch der Art. der Majorität reicht in dieser Rücksicht nicht hin — Man muß zwischen Verhaftung und Gefangenschaft unterscheiden; diese ist Strafe, die nur auf richterlichen Spruch erfolgen darf, jene dient zu Verhinderung einer verdächtigen Person. Es muß aber auch bestimmt werden, daß kein Verhaft gegen solche, die nur correctionelle Strafen für ihre Vergehen verdient haben, möglich sey. Man sage: Niemand kann ins Gefängniß gebracht werden, bis der Richter ihn zu einer Gefängnißstrafe verurtheilt hat. Ferner will er den Grundsatz der Geschworenengerichte in die Verfassungs-Grundsätze selbst einrücken lassen.

Augustini unterscheidet zwischen öffentlichem und nicht öffentlichem Gottesdienst, dadurch will er seine gestrige Meinung rechtfertigen. Öffentliche Gottesdienste finden bei öffentlichen Zusammenkünften des Volks, unter Anerkennung des Staats, bei offenen Thüren statt. Nicht öffentlich ist, der unter bloßer Duldung, von einem Religionsdiener, der nicht das Standeszeichen trägt, verrichtet werden.

Mittelholzer liest eine Redaction des ganzen Abschnitts vor; er glaubt eine ganz neue Abfassung sey nothwendig, und die gestern ernannte Commission könnte nichts anders thun, als eben diesen Vorschlag machen.

Devevey. Ich habe die Consequenz Mittelholzers bewundert; er sagt, die Republik sey ein und unheilbar, also auch die italienischen und französischen Theile gehören zum Ganzen; wenn nun die deutsche Sprache die ausschließliche Nationalsprache seyn soll, so werden die italienischen und französischen Theile nur passive Glieder und eine deutsche Aristocratie die nothwendige Folge seyn; er hofft, dieser Antrag werde bei Seite gesetzt werden.

Mittelholzer behauptet, alle Nationen haben

eine Nationalsprache, und nirgends wie bei uns werden alle Regierungsgeschäfte in 3 Sprachen geführt.

Die Discussion ist geschlossen, und die verschiedenen Motionen werden der gestern ernannten Commission übergeben.

Lüthard erneuert Mittelholzers Antrag für eine Redaktionscommission.

Lüthi v. S. widersezt sich, und will erst über die große Anzahl der gefallenen Motionen entschließen lassen, hernach erst kann eine Redaction gemacht werden. Die Commission soll in 2 Tagen berichten.

Cart ist gleicher Meinung.

Muret ebenfalls; er möchte aber eine provisorische Redaction zu gleicher Zeit von dieser Commission verlangen.

Cart unterstützt diesen letzten Antrag.

Berthollet will wissen, ob man dann über diese provisorische Redaction auch wieder discutieren könne?

Der Antrag Murets wird angenommen.

Der Senat schließt seine Sitzung, um einen Bericht der vereinten Commission über den Finanzzustand der Republik anzuhören.

(Nachmittags 4 Uhr.)

Der Vollziehungsausschuß zeigt die Geschenke der Gemeinden Biffisburg und Vellerive für die durch den Krieg verwüsteten Kantone an.

Der Vollziehungsausschuß sendet Beglückwünschungsschreiben über den 7ten Jan. der Autoritäten des Kantons Baden der Gemeinden Orsonens und Estavayer-le-Dibloux Kanton Fribourg.

Die Gemeinden des Distrikts Cessenay machen Vorstellungen gegen die Bezahlung der zwei verfälschten Bodenzinse von 1798 und 99, und theilen verschiedene auf die Constitutionsverbesserung Bezug habende Bemerkungen mit.

(Die Fortsetzung folgt.)

U n z e i g e.

Der Kriegsminister der einen und untheilbaren helvetischen Republik ladet die B. Bruner und Gesner ein, in ihr nächstes Zeitungsblatt einzurücken, daß unterm 20ten dieses zu der Ernennung von drei Feldapothekern der 2ten Classe geschritten werden wird, die dazu Lusthabenden aber sich bevor einem Examen des B. Schifferly, Oberfeldwundarzt, unterwerfen sollen.

Bern den 7. März 1800.

Im Namen des Ministers, der Chef der Generalverwaltung des Kriegswesens,

J o n i a i.